

# DIE GRÜNEN



## Pressemitteilung

19.05.2010

Nr. 30

Fraktion  
**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**  
im Rat der Stadt Wuppertal  
Johannes-Rau-Platz 1  
Rathaus Barmen  
42269 Wuppertal

Tel.: 02 02 563-6204  
02 02 55 57 99  
Fax: 02 02 59 64 88

fraktion@gruene-wuppertal.de  
www.gruene-wuppertal.de

Öffnungszeiten der  
Geschäftsstelle:

Mo	9 - 17 Uhr
Di - Do	9 - 16 Uhr
Fr	9 - 14 Uhr

## Fehlende Ganztagsplätze in Grundschulen GRÜNE: Stadt muss auf Elternwillen reagieren

In den vergangenen Jahren wurde der Ausbau des Ganztagsangebotes an Wuppertaler Schulen vorangetrieben. Trotzdem bleibt das Angebot insbesondere im Primarbereich noch weit hinter der Nachfrage zurück. Schon für das Schuljahr 2009/2010 waren es 500 Kinder, die keinen Platz an einer OGGS bekamen. Für das kommende Schuljahr wird die Nachfrage ähnlich sein.

"Der Ausbau von Ganztagsangeboten im Primarbereich wurde durch die damalige rot-grüne Landesregierung forciert. Er war ein wichtiger schulpolitischer Erfolg, der insbesondere mit Blick auf die politisch geforderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchgesetzt wurde. Innerhalb sehr kurzer Zeit konnten in Wuppertal mehr als 3000 Plätze an den Schulen für den Ganztag geschaffen werden. Das ist das Verdienst aller am Schulleben Beteiligten, also der Schulleitungen, der Lehrerinnen und Lehrer, der ehrenamtlich engagierten Eltern, aber auch der damals Verantwortlichen in der Schulverwaltung und im Gebäudemanagement der Stadt", so **Marc Schulz**, bildungspolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion.

"Wir dürfen dabei nicht stehenbleiben. Auch wenn die finanzielle Lage der Stadt desaströs ist, haben die Eltern ein Recht auf eine zuverlässige Betreuung ihrer Kinder. Die Kommunen sind verpflichtet, für Kinder im schulpflichtigen Alter bedarfsgerechte Angebote in Kindertageseinrichtungen vorzuhalten. Durch den Ausbau der Ganztagschule und den synchronen Abbau der Horte hat es einen grundlegenden Wechsel bei den Förder- und Betreuungsangeboten gegeben, so dass diese nun von den Ganztagschulen übernommen wurden. Daher ist es unsere Pflicht, die erhebliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen. Wer Familienfreundlichkeit zum Credo erhebt, muss sich an konkreten Maßnahmen messen lassen."

Andere Städte mit ähnlichen Problemen sind schon weiter. Der Kölner Rat wird am morgigen Donnerstag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition eine Ausweitung des Angebotes um 2000 Plätze beschließen, was eine Betreuungsquote von über 60 Prozent zur Folge hat. Da auch in der Domstadt die Haushaltssituation angespannt ist, wird zur Gegenfinanzierung eine pauschale Reduzierung der Regelfinanzierung an die Trägervereine in Höhe von fünf Prozent vorgeschlagen.

"Ob auch in Wuppertal eine solche Gegenfinanzierung vorgenommen werden kann oder andere Wege gefunden werden müssen, muss vorab von der Verwaltung in Absprache mit den Trägervereinen und den

Schulen geklärt werden. Entscheidend ist aber, dass in anderen Kommunen die Handlungsbereitschaft wesentlich höher ist als in Wuppertal.

Das zurückhaltende und fast schon phlegmatische Verhalten der großen Kooperation ist symptomatisch für die Schulpolitik in unserer Stadt und verheerend für die Eltern und SchülerInnen. Wer junge Familien in unserer Stadt halten möchte, muss auch etwas für sie tun", so Schulz abschließend.